

Hintergründiges zur Lage in der Region

V **Ifgang Stephan**

Eine Woche vor den Kommunalwahlen ist der Hauskrach im Stader Rathaus voll entbrannt: Im Mittelpunkt stehen Bürgermeisterin Silvia Nieber (SPD) und der stellvertretende Bürgermeister Oliver Grundmann (CDU). Am Rande mischt auch der CDU-Landtagsabgeordnete Kai Seefried mit. Es sind für die Stader ungewohnte Töne, die der Stellvertreter Grundmann seiner Bürgermeisterin am 30. August per Mail schickte: „unfreundlicher Akt“, „befremdlich“, „wenig konstruktiv“, „nicht zielführend“.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete hatte städtische Bedienstete aus der Flüchtlingsarbeit zu einem größeren Meeting geladen, um über ein Flüchtlingsprojekt zu reden, das er angeregt hat. Ein Schiff, auf dem Flüchtlinge und sozial benachteiligte Jugendliche betreut werden sollen. Doch Silvia Nieber sagte die Teilnahme ihrer Mitarbeiter ab. Der Verwaltungsvorstand, der darüber entscheide, wer wann und wo dienstlich auftrete, habe die Teilnahme abgelehnt, was Grundmann auf die Palme brachte. Während die Bürgermeisterin dies als normalen Vorgang wertet (weil niemand von der Verwaltungsführung geladen war), zieht Grundmann einen engen Zusammenhang zu Niebers Dienstanweisung bezüglich der Politiker-Besuche in den Schulen.

Nieber hatte verfügt, dass in allen städtischen Einrichtungen vom 15. August bis 11. September Politikerbesuche nicht zulässig sind. Mittlerweile beschäftigt diese Dienstanweisung den Landtag in Hannover, denn der

CDU-Kreisvorsitzende Kai Seefried hat eine offizielle Landtagsanfrage an die Landesregierung gestellt, nachdem zwei Schulleiter in Stade seinem Parteifreund Grundmann wegen der Dienstanweisung der Bürgermeisterin den Zutritt verwehrt hatten. Politisch ist die Sache eindeutig: „Die Entscheidung, ob Schulen Politikerinnen und Politiker auch direkt vor Wahlen einladen dürfen, soll künftig bei den Schulen selbst liegen. Das hat die Niedersächsische Landesregierung in ihrer Sitzung am 1. April 2014 beschlossen.“ Danach würde Niebers Dienstanweisung nicht für die städtischen Schulen gelten. Das sagt so auch die Landesschulbehörde.

Aber: Silvia Nieber sieht sich weiterhin im Recht, denn in einem Erlass des Kultusministeriums steht auch: „Bei Besuchen, die nicht ausschließlich pädagogischen Zielsetzungen in der Schule gewidmet sind, ist die Zuständigkeit des Schulträgers zu beachten.“ Silvia Nieber folgert daraus: „Die Hansestadt ist Schulträger und demnach befugt, diese Dienstanweisung zu erlassen.“ Die beziehe sich aber nur auf Informationsbesuche von Politikern und nicht auf von der Schule veranlasste Podiumsdiskussionen. Silvia Nieber zeigt sich gelassen: „Herr Grundmann soll klagen, dann wissen wir, was Recht ist.“

Politisch ist der Fall schon jetzt heikel. „Wie bewertet die Landesregierung das mögliche rechtswidrige Vorgehen der Stader Bürgermeisterin, und wurde diesbezüglich die Kommunalaufsicht bereits tätig?“, fragt der Landtagsabgeordnete Kai Seefried in seiner Parlamentsanfrage.

Dass die SPD ihrer Genossin in Stade in

den Rücken fallen wird, ist nicht zu erwarten. Niebers Parteifreundin und Landtagsabgeordnete Petra Tiemann hat das gegenüber dem TAGEBLATT schon deutlich gesagt: „Silvia Nieber hat alles richtig gemacht.“ Das sagte die Genossin bei einer SPD-Wahlkampfveranstaltung in Buxtehude und das macht die Fragwürdigkeit dieser Debatte deutlich, denn Tiemann sagte es am Rande einer SPD-Veranstaltung in der Hochschule 21, einer der größten Bildungseinrichtungen in der Region. In Stade dürfen die Politiker nicht in Schulen, aber in Buxtehude geht die SPD sogar mit einer Wahl-Veranstaltung in das städtische Gebäude der Hochschule. Rechtlich ist das möglich, aber politisch widersprüchlich. Dass die Genossen zu dieser Veranstaltung mit dem Hamburger Bürgermeister auch die IHK-Chefin Maike Bielfeldt geladen hatten, sei am Rande vermerkt. Als Bielfeldt hörte, dass es eine Wahlkampfveranstaltung der SPD ist, hat sie umgehend abgesagt.

Und damit wären wir beim subtilen Aspekt des Stader Rathaus-Streits. Die CDU wurmt massiv, dass am vergangenen Freitag im Stader Rathaus die SPD-Sozialministerin ihren großen Auftritt bekam und sich das rot-grüne Bündnis mit der „Stader Erklärung zur Integration“ feiern ließ. Weil die Erklärung im Rat aber einstimmig beschlossen worden war, konnten sich die Christdemokraten offiziell nicht beschweren. Aber sie ärgern sich.

Die Erklärung lag nämlich schon seit Wochen vor. Aber natürlich hatte die Sozialministerin erst zwei Wochen vor der Kommunalwahl Zeit für ihren Besuch in Stade.

So funktioniert Politik.